

WEISSRUSSLAND

Zwischen den "Mühlsteinen" des Ausbeutungssystems

Der "Staffelstab" der imperialistischen Interventionen erreichte dieses Land der ehemaligen UdSSR

Am 10. August, dem Tag nach den weißrussischen Präsidentschaftswahlen legte im Hafen des litauischen Klaipeda ein Tanker mit 76.000 Tonnen amerikanischen Rohöls an, das der "letzte Diktator Europas" bestellt hatte, wie die westliche Medien den Präsidenten von Weißrussland, Alexander Lukaschenko, nennen.

Das war die zweite amerikanische Ladung, die Weißrussland erhielt. Im Frühsommer erhielten sie mit der Bahn und aus dem gleichen Hafen, 77.000 Tonnen. Weißrussland erwog im Rahmen seiner "Unabhängigkeit" von russischem Erdöl die Möglichkeit, auch über polnische Häfen amerikanisches oder saudi-arabisches Öl zu bekommen. Das war beim Besuch des amerikanischen Außenministers, **M. Pompeo**, in Weißrussland im vergangenen Februar vereinbart worden. Sicherlich, im Anschluss an die jüngsten Entwicklungen nach den Präsidentschaftswahlen, scheinen all diese Pläne in der Luft zu hängen. Oder vielleicht doch nicht?



Copyright 2020 The Associated

Die Oppositionellen gegen Lukaschenko mit der alten Fahne des Landes, die während der deutschen Besatzung verwendet wurde

Betrachten wir aber einige Fakten über Weißrussland.

Über Weißrussland

Das Land hat etwa 10 Millionen Einwohner. Es grenzt im Westen an drei EU-Länder (Litauen, Lettland, Polen), hat im Süden die Ukraine und im Osten Russland. Es gilt als der größte eingeschlossene Staat in Europa, da er nirgends vom Meer umgeben ist.



Der Außenminister der USA, M. Pompeo, in einem euphorischen Moment mit dem Präsidenten von Weißrussland, Al. Lukaschenko, bei ihrem Treffen in Minsk im Februar dieses Jahr

Es ging aus der Auflösung der Sowjetunion hervor und "erbt" eine entwickelte Infrastruktur in Viehzucht und industrieller Produktion. Es pflegt sehr enge politische, wirtschaftliche und militärische Beziehungen zu Russland. Es schloss mit Russland eine Vereinbarung über die Gründung eines einheitlichen Staates ab und trotz der verschiedenen "Roadmaps", die vereinbart worden waren, ist dieser Prozess auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben worden. Es beteiligt sich an regionalen Vereinigungen, deren "Lokomotive" Russland ist, wie der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) und der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS).

Auf Vorschlag von Al. Lukaschenko, wurde in einem Referendum (1996) die Übertragung des "Unabhängigkeitstags" vom 27.7. (Tag des Austritts aus der UdSSR) auf den 7.3. gebilligt, dem Tag als die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg, in dem Weißrussland ein Drittel seiner Bevölkerung verlor, die Hauptstadt Minsk befreite (3.7.1944).

Die Beziehungen zu Russland und China

Weißrussland hängt weitgehend von russischen Energiequellen ab und spielt eine wichtige Rolle bei der Ausfuhr von russischem Kohlenwasserstoff nach Europa. Es "erbte" von der UdSSR einen bedeutenden Teil von Öl- und Gaspipelines, über die jährlich die Exporte von 50% des russischen Öls und 30% des russischen Gases nach Europa laufen.

Gleichzeitig hat es erhebliche Einnahmen aus der Verarbeitung von russischen Rohöl, da es große Raffinerien besitzt, die das Benzin und den Diesel produzieren, die dann in den europäischen Ländern verkauft werden, was bis zu 25% der Staatseinnahmen ausmacht (8 Mrd. Euro im Jahr). Auch hat es eine Reihe von Finanzhilfen und Darlehen aus Russland bekommen, die heute 40% der Auslandsverschuldung ausmachen, wobei der zweite Kreditgeber China ist (26%). Zugleich ist Russland der wichtigste Importeur von weißrussischen Waren (zB Milchprodukten, Traktoren, Busse), während China der zweitgrößte Importeur ist.

Die wichtigsten ausländischen Investoren im Jahr 2019 kamen aus Russland (44,2% aller Investitionen), gefolgt von Großbritannien (19,7%), Zypern (6,6%), Länder, in denen das russische Kapital hochaktiv ist.

China sieht Weißrussland als "letzte Station" der "Seidenstraße" vor der EU. So treibt auch China in den letzten Jahren die Investitionen und die Finanzierung der weißrussischen Wirtschaft zum Wohle der eigenen Monopole voran.

Die Beziehungen zwischen Weißrussland und Russland, erinnern in den 26 Jahren seit Al. Lukaschenko Präsident des Landes ist, an "heiß-kalte" Wechselduschen. Einerseits hat sich Weißrussland als der engste "Verbündete" Russlands erwiesen. Auf der anderen Seite haben sich die beiden Länder in den letzten Jahren in eine Reihe von "Handelskriegen" verstrickt. Einmal wegen der Transitpreise für russische Kohlenwasserstoffe oder über die Preise, zu denen Weißrussland russische Kohlenwasserstoffe kauft, und das andere Mal über den Import von weißrussischen Molkereiprodukten nach Russland (die russischen Medien glauben, dass der weißrussische Staat seine Produktion in einem viel größeren Ausmaß fördert als der russische Staat, mit dem Ergebnis eines ungleichen Wettbewerbs mit den diesbezüglichen russischen Firmen). Wobei sich die regierungsnahen weißrussischen Medien auf die Bestrebungen des russischen Kapitals fokussieren, das seine "Hand ausstreckt" nach den Bereichen der Wirtschaft des Landes, die noch nicht privatisiert wurden.

Al. Lukaschenko hat die russischen Pläne zu einer Vertiefung der kapitalistischen Vereinheitlichung der Länder der eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) wiederholt scheitern lassen, zB wenn er die Pläne für eine gemeinsame Währung in der Luft zerriss. Bei der letzten Spitzentelekonferenz der EAWU (Mai 2020) haben Weißrussland und Armenien den russischen Vorschlag für eine "Entwicklungsstrategie bis 2025" verhindert, und stellten dem die Notwendigkeit gleicher Preise für Kohlenwasserstoffe in Gebieten der EAWU voran.

Außerdem unterstützte Lukaschenko bei wichtigen politischen Entscheidungen Russland nicht, wie es zB bei Integration der Krim in die Russische Föderation oder der russischen Militäroperationen in Südossetien oder in Syrien der Fall war.

Russland hat in all den Jahren, die Bedeutung der strategischen Allianz mit Weißrussland realisiert, die der "Umarmung" der russischen Territorien durch die NATO ein Hindernis entgegengesetzt, und auf der anderen Seite ist es das westlichste "Freundesland", durch das Russland Zugang zur "Enklave" von Kaliningrad hat, sowie eine "Passage" für die Kohlenwasserstoffe nach Europa. Es verstand die Versuche der weißrussischen Bourgeoisie und seiner Führung, bessere Bedingungen für den Prozess der kapitalistischen Vereinheitlichung zu entwickeln und auszuhandeln, der auf dem Boden der ehemaligen Sowjetunion im Gange ist. Trotzdem hielt es die geopolitischen Spielräume dieser Manöver für sehr begrenzt. Es gab einige Momente, in denen es schien, als würde die russische Seite bei diesem "Feilschen" ihre Gelassenheit verlieren, wie zum Beispiel im Sommer 2002, als Wl. Putin die Auflösung Weißrusslands in 7 Regionen und deren Integration in die Russische Föderation vorschlug.

Die Planungen des euro-atlantischen Imperialismus

Natürlich hat auch das westliche (europäische und amerikanische) Kapital seit vielen Jahren Wünsche, für das es unter der Präsidentschaft Lukaschenkos schwieriger ist als für das russische und chinesische Kapital, Zugang zu dem Land zu haben.

Die EU und die USA sehen Weißrussland seit Jahren als "verbotene Frucht". So drängten sie Lukaschenko sein Land gegenüber dem Westen zu "öffnen" und politische und wirtschaftliche "Reformen" voranzutreiben. Sie drängten seit Jahrzehnten, einmal mit "Zuckerbrot" (siehe Östliche Partnerschaft der EU), aber vor allem mit der "Peitsche", indem sie Oppositionskräfte finanzierten und ausbildeten und Sanktionen gegen die Führung Weißrusslands verhängten und die NATO-Streitkräfte an den Grenzen verstärkten. Diese Bemühungen zeitigten kein sichtbares Ergebnis. Tatsächlich gab es in

aktuellen Berichten der EU die Einschätzung, dass keine unmittelbaren politischen Veränderungen in diesem Land zu erwarten seien.

Während die Krise in der gesamten kapitalistischen Welt größer wird, wollen die USA die Eskalation ausnutzen, die in den Beziehungen zwischen Weißrussland und Russland zu beobachten sind. Also etwas Ähnliches, was Russland mit der Türkei macht, wenn es die Störungen in den Beziehungen zu den USA ausnutzt.

Im Februar 2020 besuchte der amerikanische Außenminister, M. Pompeo, Weißrussland und erklärte, dass die USA 100% des Energiebedarfs des Landes in Kohlenwasserstoffen sicherstellen könnten. Al. Lukaschenko sagte, dass Weißrussland die Einfuhr von russischen Kohlenwasserstoffen auf 30-40% seines Bedarfs beschränken und amerikanisches und saudisches Öl kaufen würde. Der Besuch Pompeos wurde von konkreten Schritten begleitet, wie wir bereits schrieben, und von Entspannung, aber nicht von einer Aufhebung der Sanktionen, welche die USA gegen Weißrussland verhängt hatten. Dieser Besuch war mehr von politischer, als von wirtschaftlicher Bedeutung. Er zeigte, dass die Führung Weißrusslands bestrebt ist, die Annäherung an die USA als "Werkzeug" zu verwenden, um Druck auf Russland auszuüben.

Die Politik Lukaschenkos und die kommunistische Bewegung

Vor 26 Jahren begrüßte die kommunistische Bewegung in Weißrussland die Wahl Lukaschenkos zum Präsidenten, seine Weigerung das Land in NATO und EU zu führen und die "Anweisungen" des IWF für schnelle Marktreflexionen zurückzuweisen. Sie begrüßte russlandfreundliche Erklärungen des Präsidenten, war aber zugleich vorsichtig und kritisch gegenüber seinen Bestrebungen seine Befugnisse gegen das Parlament zu verstärken und auf eine zunehmend personengebundene und autoritäre Verwaltung auszuweichen.

Im Jahr 1996 kam es auf dieser Grundlage zu einer Spaltung in der Partei der Kommunisten Weißrusslands (PKW), die in die Opposition ging, während die Kommunistische Partei von Weißrussland (KPW), die aus der Spaltung entstand, bis heute Al. Lukaschenko unterstützt. Die PKW entwickelte sich danach in eine sozialdemokratische Partei, die schließlich auch ihren Titel in "Weißrussische vereinigte Linkspartei "Gerechte Welt" änderte und der "Europäischen Linkspartei" beitrug. Die KPW nimmt stattdessen an den internationalen Treffen der KPs und der Union KP-KPdSU teil, unterstützt Lukaschenko uneingeschränkt, hat 11 der 110 Parlamentsabgeordneten, wobei ihre Funktionäre, wie ihr ehemaliger Erster Sekretär, I. Karpenko, der jetzt Minister für Bildung ist, Regierungspositionen übernommen haben. Eine ähnliche Haltung haben auch andere Parteien aus der ehemaligen UdSSR, wie die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) und die Union KP-KPdSU, die irgendwie zusammen arbeiten und sich im Rahmen des kapitalistischen Systems auf die alte Strategie der internationalen kommunistischen Bewegung der "Stadien" und der Teilnahme an "Mitte-Links-Regierungen" stützen, basierend auf einem starken staatlichen Sektor, der den Markt "kontrollieren" und "regeln" wird.

Natürlich ist die kapitalistische Realität in Weißrussland, wo ein großer Teil der Wirtschaft in den Händen des Staates bleibt, unerbittlich. Die Errungenschaften, die es zu Zeiten der UdSSR gab, schrumpfen oder verschwinden vielleicht langsamer als in anderen Ländern. So stieg zB auch diesem Land das Renteneinstiegsalter an und schreitet die Kommerzialisierung der sozialen Bedürfnisse, wie bei Gesundheit und Bildung fort. Tausende von Menschen sind gezwungen, ihre Wohnungen zu verlassen und in Russland, Polen, Litauen, Tschechien, usw. Arbeit zu suchen. Offizielle Zahlen zeigen, dass etwa 60% der Werktätigen heute in nicht-staatlichen Unternehmen arbeiten, dieser Wert ist höher als der entsprechende Wert in Russland. Es ist klar, dass es im Vergleich zu vor 20 Jahren, eine Verschiebung und einen Anstieg des privaten Sektors, sowie eine Zunahme der sozialen Ungleichheiten im Land gibt. Allein im Jahr 2020 stehen Dutzende von Unternehmen auf der Privatisierungsliste.

Im Land gibt es andere, kleinere kommunistische Kräfte, wie die Kommunistische Arbeiterpartei Weißrusslands, die mit der Kommunistischen Arbeiterpartei Russlands (KAPR) verbunden ist und eine Haltung der "kritischen Unterstützung" gegenüber Lukaschenko einnimmt, die von den Behörden nicht als politische Partei anerkannt und nicht an politischen Prozessen teilnehmen kann. Ihnen wurde, wie auch allen Arbeiterkämpfen in letzter Zeit mit repressiven Aktivitäten des bürgerlichen Staates begegnet.

Die Präsidentschaftswahlen 2020. Hintergrund und Ergebnisse

Während der Wahlperiode schlossen die weißrussischen Behörden unter verschiedenen Vorwänden mehrere potenzielle Präsidentschaftskandidaten von der Wahl aus.

So wurde zB. Wiktar Babarika, ein Banker und bis Mai 2020 Vorsitzender der Bank "Belgazprombank", die zu 49% der russischen Firma "Gazprom" und zu 49% der ebenfalls russischen Bank Gazprombank gehört, von den Wahlen ausgeschlossen. Dieser wurde, nach der Ablehnung seiner Kandidatur, von den belarussischen Behörden wegen Verwicklung in einen Finanzskandal eingesperrt.

Zu den Wahlen durfte auch der frühere Diplomat und Botschafter Weißrusslands in den USA, Ex-Außenminister und jetzige Unternehmer Waleryj Zapkala nicht antreten, der nicht in irgendeinem westlichen Land, sondern in Russland Zuflucht fand und von dort aus immer wieder "Salven" auf Lukaschenko "abfeuerte".

Wenige Tage vor der Präsidentschaftswahl wurden von den weißrussischen Behörden 32 russische Bürger, "Kriegstouristen" verhaftet, wie diejenigen genannt werden, die Privatarmeen angehören. Die Behörden Weißrusslands beschuldigten sie direkt des "Terrorismus", ein Versuch ein Klima der "Destabilisierung" zu schaffen. Sie forderten von Russland eine Erklärung, zumal es bekannt ist, dass die verschiedenen "Privatarmeen", die in Russland, wie auch in den USA, in Erscheinung getreten sind, vielfältig mit offiziellen, staatlichen Strukturen verbunden sind. Tatsächlich beschuldigte Lukaschenko die russische Oligarchie und neoliberale politische Kräfte in Russland des Versuchs ihn zu stürzen. Der ganze Aufbau der Sache, die verschiedenen "aufgeregten" Szenarien, könnten Seiten füllen, deshalb führen wir hier nur die offizielle Version an, die nach ihrer Übergabe an die russischen Behörden bekannt geworden ist, nämlich dass sie "Opfer" der ukrainischen Geheimdienste geworden und betrogen worden sind, die sie dann nach Weißrussland brachten, um eine Krise zwischen Weißrussland und Russland zu provozieren.

Schließlich fanden die Wahlen statt und nach offiziellen Angaben nahmen über 84% der registrierten Wahlberechtigten teil. **Alexander Lukaschenko**, der seit 1994 ohne Unterbrechung Präsident des Landes ist, wurde mit 80,1% der Stimmen wiedergewählt.

Seine Hauptgegnerin, **Swetlana Tichanowskaja**, Ehefrau des ebenfalls von den Wahlen ausgeschlossenen Sergej Tichanowski, verzeichnete 10,1%. Sie bezweifelt aber die Ergebnisse, die von Wahlkommission des Landes bekannt gegeben wurden und behauptet, dass auf Basis der Zählungen der Oppositionsvertreter, sie die Gewinnerin ist. Das Unternehmerehepaar Tichanowski hat eine deutlich prowestlichere "Agenda" als die beiden anderen ausgeschlossenen Kandidaten, die "für eine internationale Zusammenarbeit mit allen Seiten waren". Sie alle setzen jedoch auf die Verstärkung der Privatisierungen als "Allheilmittel". Schließlich floh Tichanowskaja nach Litauen, wo sie einen "Organisationsrat" gründete, der von Al. Lukaschenko die Übergabe der Macht fordert.

Entwicklungen nach den Wahlen

Nach der Bekanntgabe der Wiederwahl von Al. Lukaschenko brachen täglich Demonstrationen im Zentrum von Minsk und anderen Städten aus, mit nationalistischen Fahnen und Parolen gegen die Regierung wie "Weg!". Es gab Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei, intensive Repression und die Verwendung von Blendgranaten, Schlagstöcken, Plastikkugeln usw., mit etwa 6.000-7.000 Verhaftungen und dem Tod von zwei Demonstranten. Gleichzeitig konnten die Oppositionskräfte in mehreren großen Unternehmen des Landes Massenstreiks organisieren.

Was von den Behörden als Bestreben einer "farbigen Revolution" verurteilt wurde, war die Einmischung anderer Länder zur Unterstützung der Oppositionskräfte, vor allem der baltischen Staaten, zuerst Litauens und Polens, d.h. EU-Länder, in denen eklatante Verletzungen der demokratischen Rechte und Freiheiten zu verzeichnen sind, wie es auch die Verfolgung von Kommunisten sind. Am 13.8. legten die Botschafter der EU-Staaten und der USA Blumen an dem Ort nieder, an dem der Anti-Regierungs-Demonstrant getötet wurde.

Was die internationale Anerkennung der Wahlergebnisse bis jetzt betrifft, sandten die russische Führung, China, Kasachstan, Usbekistan, Moldawien, Aserbaidschan, Tadschikistan, Kirgisistan, Syrien, Venezuela, Nicaragua, Vietnam, Türkei, Armenien (der Premierminister, aber nicht der Präsident) Glückwunschsbotschaften an Al. Lukaschenko. In die entgegengesetzte Richtung ging die EU, die das Ergebnis nicht anerkannte und Sanktionen verhängte, sowie auch die USA, wenn auch etwas leiser als wir es aus den letzten Jahren gewohnt sind.

Anzumerken ist, dass auch die Kräfte, die Lukaschenko unterstützen, nachdem sie die erste Überraschung überwunden hatten, Versammlungen mit Staatsflaggen und dem Slogan "Wir werden nicht zulassen, dass das Land aufgelöst wird" organisiert hatten.

Al. Lukaschenko sprach auf einer von ihnen, wobei er auch zu Streikenden eines großen Unternehmens in Minsk sprach. Er kam und verließ sie mit einem Hubschrauber. Während seiner Rede rief er die Arbeiter dazu auf, aufzupassen, dass sie nicht ihren Job verlieren, dass "das Land nicht aufgelöst werde" und sich von "Politik fern zu halten". Natürlich entging er nicht dem Hohn eines Teils der Streikenden.

Gleichzeitig machte der weißrussische Präsident, nach der Verschärfung der politischen Situation, verschiedene "pro-russische" Aussagen und betonte darüber hinaus, dass er in ständigem Kontakt mit dem russischen Präsident Putin stehe und die OVKS-Kräfte in Weißrussland eingreifen könnten, wenn die Intervention des Westens eskalieren würde. Er ließ schließlich ein "Fenster" offen für eine Wahlwiederholung nach der Annahme einer neuen Verfassung in einer Volksabstimmung.

Der weißrussische Präsident verlegte die Streitkräfte des Landes unter Berufung auf die Verstärkung der NATO-Truppen nach Westen und zeigte sich gleichzeitig entschlossen, diejenigen strafgerichtlich zu verfolgen, die dem "Koordinationsrat" angehörten, den Tichanowskaja gegründet hatte, als sie die "Machtübergabe" verlangte.

Natürlich sind während dieser Artikel geschrieben wird, die Dinge noch im Gange, gibt es eine große Mobilität. So zB schickte der inhaftierte W. Babarika einen Brief an Putin, während sich der sogenannte "Koordinationsrat" verpflichtete, die Beziehungen zu Russland nicht stören zu wollen. Es lohnt sich hier die Erklärung des ehemaligen Präsidenten der Republik Polen, A. Kwasniewski, zu erwähnen, der eine "besondere Rolle" beim gewaltsamen Umsturz in der Ukraine gespielt hatte. Dieser warnte die EU, dass "während sie für den Sturz Lukaschenkos kämpft, es sein kann, dass in Weißrussland unerwartet ein russlandfreundlicher Führer aufsteigt".

Einige nützliche Schlussfolgerungen

Die Entwicklungen in Weißrussland zeigen deutlich, dass der "Staffelstab" in der Reihe der imperialistischen Interventionen der USA, der EU und der NATO in der eurasischen Region und in Weißrussland angekommen ist. Ihr Ziel ist es, die Schlinge um Russland weiter "zuzuziehen", und von den euro-atlantischen Kräften wirtschaftliche und geopolitische "Stützen" bei den harten, innerimperialistischen Konkurrenzkämpfen mit den anderen Kräften der imperialistischen "Pyramide", wie es Russland und China sind, zu erlangen.

Wieder einmal benutzen sie Kräfte, die sie verschwenderisch finanzieren und für diesen Job ausbilden, wie sie es auch in der Ukraine taten und "bringen" alles mit, was es an Reaktionärstem und Nationalistischstem in Weißrussland gibt. All diese Kräfte "wucherten" zusammen mit der Bourgeoisie, die in den Jahren der Regierung Lukaschenko "herangezüchtet" wurden.

"Entzündliches Material" fanden manche in den sozialen Problemen und Sackgassen, die der kapitalistische Weg auch in Weißrussland in den vergangenen 26 Jahren unter Präsident Lukaschenko geschaffen hatte, während der Zynismus und die Unterdrückung derjenigen die Zündschnur ansteckte, mit denen die herrschende politische Elite versuchte hatte, die bürgerlichen Wahlen und das Wahlergebnis zu verwalten.

Darüber hinaus wurde die Führung Weißrusslands zwischen den innerimperialistischen Antagonismen stärkerer Kräfte "eingekeilt" und fast zerrieben, die sie zu nutzen suchte.

Unter diesen Bedingungen hat die Solidarität mit den Kommunisten und dem werktätigen Volk Weißrusslands besondere Bedeutung, das seinen eigenen, unabhängigen Kampf für seine Interessen organisieren kann und muss, das die ausländische Interventionen abwehren und die Befriedigung der heutigen Bedürfnisse des Volkes einfordern muss, um den Weg für den Sozialismus zu ebnen, der die einzige Alternative zur Sackgasse des kapitalistischen Entwicklungsweges ist.

Von

Eliseos VAGENAS*

* Eliseos Vagenas ist Mitglied des ZK der KKE und Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen des ZK